

Die Bürgervorsteherin berichtet

Am 16. November tagte die Stadtvertretung. Die Tagesordnung umfasste 40 Punkte, davon entfielen auf Satzungsanpassungen alleine 24. Diese Satzungsanpassungen wurden aufgrund der Fusion beider Ortsteile notwendig. Sie sind im Internet veröffentlicht und können auch im Rathaus eingesehen werden. Deshalb werde ich an dieser Stelle nicht über sie berichten.

Neubau des DRK-Kindergartens

Nachdem die Stadtvertretung beschlossen hat, den DRK-Kindergarten auf dem gleichen Gelände neu zu bauen, wurde der Architekt Herr Redepennig aus Büdelsdorf von der Bürgermeisterin beauftragt, erste Planungen aufzustellen. Diese führte er der Stadtvertretung und den anwesenden Mitarbeitern des Kindergartens und den betroffenen Eltern vor. Es erfolgte keine Aussprache, diese wird in einer Sondersitzung der zuständigen Ausschüsse im Dezember stattfinden. Es wurde jedoch bereits deutlich, dass der Altstandort auf Grund seiner Größe und Lage nicht unproblematisch ist.

In dieser Sitzung soll auch über den Neubau des Kirchengartens diskutiert werden.

Machbarkeitsstudie „Neue Sporthalle“

Hier: Sachstand und weiteres Vorgehen

Mit 21 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme des Vertreters der Grünen wurde folgendes beschlossen:

1. Eine Beauftragung der Firma Wenzel Consulting wird aus der Sicht des Sports für richtig erachtet.
2. Die Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 € sind in den Haushaltsplan 2010 einzustellen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendige Abstimmung über ein Gesamtkonzept mit der Firma Wenzel Consulting und der Firma, die für das neue Einzelhandelsgutachten zuständig ist, herbeizuführen.

1. Änderung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Amt Selent-Schlesen und der Stadt Schwentinental

Bisher stand in dem Vertrag, dass sich der Amtsausschuss und die Stadtvertretung mindestens zweimal im Jahr treffen sollen. Es hat sich gezeigt, dass mindestens eine gemeinsame Sitzung im Jahr ausreichend ist. Die Abrechnung der Personal- und Sachkosten muss nach der Fusion auch geändert werden. Rückwirkend zum 1.1.2009 trägt jeder Vertragspartner seine Personal- und Sachkosten für sich. Grundlage für die Vorauszahlungen der Personalkosten bildet der jeweils beschlossene Stellenplan des Haushaltsjahres der Stadt Schwentinental, der auch die Stellenanteile enthalten muss, die organisationsbedingt auf die Vertragspartner entfallen. Abgerechnet werden die tatsächlich aufgewendeten Personalkosten.

Dem wurde einstimmig zugestimmt.

2. Änderung B-Plan Nr. 40 „Gewerbegebiet West“, hier Aufstellungsbeschluss

Einstimmig wurde beschlossen:

1. Für den Geltungsbereich des B-Planes Nr.40 für das Grundstück „ehemaliges Industriestammgleis“ in der Gutenbergstraße wird eine 2. Änderung aufgestellt. Planungsziel ist die planungsrechtliche Vorbereitung zur Etablierung eines Bahnhaltdepot und der erforderlichen Nebenanlagen innerhalb des Geltungsbereiches.

2. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfes wird ein von der Stadtverwaltung auszuwählendes Planungsbüro beauftragt.
3. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wird durch eine zweiwöchige Auslegung durchgeführt.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Sofern zur Sicherung des Planungszieles ein Planfeststellungsverfahren notwendig ist, wird die Verwaltung beauftragt, einen Antrag zur Einleitung des entsprechenden Verfahrens zur Planfeststellung bei der Bahn zu stellen.

Raisdorfer TSV: Zuschuss für die Anschaffung einer luftgepolsterten Sprungbahn
Eine 20 Meter lange Sprungbahn kostet 12.500,-€ Es wurde mehrheitlich beschlossen, die Bezuschussung der Sprungbahn im Rahmen der bestehenden Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine zu gewähren. Das bedeutet 30% der Anschaffungskosten.

Schützengemeinschaft Raisdorf

Die Schützengemeinschaft Raisdorf benutzt seit ca. 30 Jahren die Räume des ehemaligen Schulschutzbunkers auf dem Schulgelände. Jetzt beabsichtigt sie eine umfangreiche Modernisierung der Anlage. Um entsprechende Zuschüsse zu erhalten, muss eine schriftliche Nutzungsvereinbarung von mindestens 20 Jahren vorliegen. Deshalb wurde einer solchen Nutzungsvereinbarung für die Dauer von 25 Jahren einstimmig zugestimmt.

Obdachlosenunterkünfte im OT Klausdorf

Die Obdachlosenunterkünfte im Möwenberg werden nicht mehr genutzt. Sie müssen gegen das Betreten von Unbefugten abgesichert werden. 2011 sollen sie abgerissen werden. Dem folgte die Stadtvertretung einstimmig.

Organisatorische Strukturen der Schulen im Schulzentrum

a) Eigenständigkeit der Grundschule

Dem Antrag der Grund- und Hauptschule Raisdorf auf Erhalt der Eigenständigkeit als Grundschule ab dem Schuljahr 2010/2011 wurde einstimmig zugestimmt.

b) Umwandlung der Albert-Schweitzer-Realschule in eine Gemeinschaftsschule

Der Einrichtung einer Gemeinschaftsschule ab dem nächsten Schuljahr wurde auch einstimmig zugestimmt. Damit wurde der Beschluss, eine Regionalschule einzurichten, aufgehoben.

Zum letzten Mal in diesem Jahr tagte die Stadtvertretung am 10. Dezember. Traditionell befasst sich die letzte Sitzung im Jahr hauptsächlich mit dem Haushalt des nächsten Jahres.

Hierüber informiert Sie unserer Kämmerer, Herr Möller, an anderer Stelle im Stadtmagazin.

Eine Abwassersatzung und die dazugehörige Gebührensatzung für die Stadt wurden einstimmig angenommen.

Die Satzung der Gemeinde Raisdorf über die äußere Gestaltung von Werbeanlagen und Warenautomaten wurde nicht neu gefasst. Sie entfällt. Die Anforderungen der Werbeanlagen werden künftig im Rahmen der B-Pläne verbindlich geregelt werden, soweit sich ein entsprechender Bedarf zeigen sollte.

Die Teilnahme und Gebührenordnung für die Volkshochschule im OT Raisdorf wurde neu, in Abstimmung mit der VHS, gefasst,

Tätigkeit des Beauftragten und seines Stellvertreters der Kommunalaufsicht
In der Zeit vom 1.März bis zum 18.Juni 2008

Hier: Beschlussfassung

Die Rechtsauffassungen der Kommunalaufsicht des Kreises und des Innenministeriums sowie die des Gutachters Prof. von Mutius sind unterschiedlich. Es geht um die Gültigkeit der konstituierenden Sitzung der Stadtvertretung. Hat der Beauftragte, der zu dieser Sitzung eingeladen hat, die Hauptsatzung der Interimszeit richtig bekannt gemacht oder nicht? Wenn ja, wie die Kommunalaufsicht sagt, dann sind alle seitdem gefassten Beschlüsse gültig. Wenn nein, wie Herr Prof. von Mutius sagt, dann muss zur konstituierenden Sitzung neu eingeladen werden und alle Beschlüsse müssten wiederholt werden. Die Bürgermeisterin und die CDU-Fraktion (einschließlich des Vertreters der WIR) plädierten aus Gründen der Rechtssicherheit und zur Vermeidung jedweder finanziellen Risiken aus eventuellen Schadensersatzansprüchen für die Einleitung eines Heilungsverfahrens, so wie es der Gutachter empfohlen hat.

Die SPD, SWG, FDP und Grüne sehen die Rechtslage so, wie die Kommunalaufsicht sie festgestellt hat. Der Beauftragte hat ordnungsgemäß eingeladen, damit sind auch alle Beschlüsse gültig und für ein Heilungsverfahren liegt somit kein Grund vor. In einer namentlichen Abstimmung stimmten die 7 Vertreter der CDU-Fraktion für die Vorlage der Bürgermeisterin, die 16 Vertreter der SPD, SWG, FDP und Grüne dagegen.

Damit ist in dieser Sache abschließend entschieden worden.

Verabschiedung eines Stadtvertreters

Aus gesundheitlichen Gründen hat Herr Dr. Giessler, Mitglied der SPD-Fraktion, sein Mandat niedergelegt. Seit 1982 hat sich Herr Dr. Giessler kommunalpolitisch in Raisdorf betätigt. Für diese lange Zeit habe ich ihm im Namen der Stadt ganz herzlich gedankt und in einer kurzen Laudatio seine Aktivitäten und Verdienste hervorgehoben.. Der Vorstand der VHS war auch gekommen, um dem Vorsitzenden des VHS-Beirates zu danken. Dieses Amt hatte Dr. Giessler 27 Jahre inne.

Im nichtöffentlichen Teil wurde der Vorschlag des zuständigen Ausschusses für die Verleihung des Bürgerpreises 2009 bestätigt.

Angelika Lange-Hitzbleck